

D64

Zentrum für
Digitalen Fortschritt

Fundament für die zukunftsfähige digitale Verwaltung



D-64.ORG

01 DER KOALITIONSVERTRAG SETZT KLARE ZIELE

Der Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ vom 7. Dezember 2021 sieht im Kapitel „II. Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen“ eine ganze Reihe sehr vielversprechender Ziele vor:

- Der Föderalismus ist eine Grundsäule der Bundesrepublik. Um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, braucht es Klarheit bei den Aufgaben und der Finanzierung. Wir streben eine engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen an. (Zeile 251 ff.)
- Deutschland braucht einen umfassenden digitalen Aufbruch. [...] Dafür werden wir uns ambitionierte und überprüfbare Ziele setzen sowie realistische und schnell spürbare Maßnahmen ergreifen. [...] Die Verwaltung wird digitaler und konsequent bürgerorientiert. Wir fördern digitale Innovationen sowie unternehmerische und gesellschaftliche Initiative und setzen auf offene Standards und Diversität. (Zeile 379 ff.)
- Die Menschen erwarten vom Staat einfach handhabbare und zeitgemäße digitale Leistungen, nutzerorientiert, medienbruchfrei und flächendeckend. [...] Die Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) geht mit einer ausreichenden Folgefinanzierung einher, mit der eine klare Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA) unterstützt wird. [...] Kommunen müssen von Bundesmitteln profitieren und im Rahmen des EfA-Prinzips entwickelte Lösungen übernehmen können. Digitalisierungshemmnisse (Schriftform u. a.) bauen wir mittels Generalklausel ab und vereinheitlichen Begriffe (z. B. „Einkommen“). Ein vertrauenswürdige, allgemein anwendbares Identitätsmanagement sowie die verfassungsfeste Registermodernisierung haben Priorität. Für öffentliche IT-Projekte schreiben wir offene Standards fest. Entwicklungsaufträge werden in der Regel als Open Source beauftragt, die entsprechende Software wird grundsätzlich öffentlich gemacht. (Zeile 395 ff.)

Mit diesem Papier formulieren wir Forderungen zur konkreten Umsetzung.

02 EINE NEUE FORM DER ZUSAMMENARBEIT

Wer Open Source (OS) auf Lizenzen und Rechte reduziert, ignoriert den eigentlichen Kern des Ansatzes: Transparentes, vernetztes und kooperatives Handeln und Gestalten. Diese Aspekte sind es, die OS inhaltlich mit den Konzepten Open Data und Open Government verbinden, und es zu einem Fundament für die nachhaltige digitale Transformation der Verwaltung machen. Wir sind uns sicher: Die gerade so oft beschworene „digitale Souveränität“ der öffentlichen Verwaltung kann ohne diesen kooperativen Open-Source-Ansatz nicht gelingen.

Gerade im föderalen Gefüge Deutschlands eröffnet OS Chancen, öffentliche Mittel sparsam einzusetzen. Die Software steht allen Verwaltungen und Interessierten unter einer einheitlichen, anerkannten und offenen Lizenz zur Verfügung. Das Netzwerk der Beteiligten wird gestärkt, die Transparenz und Teilhabe gesteigert. Bundesbehörden, Länder und Kommunen sowie öffentliche oder private IT-Dienstleister und die Zivilgesellschaft gestalten so die Digitalisierung gemeinsam.

Eine solche Kollaboration braucht ein verbindliches Regelwerk und eine leistungsfähige und bewegliche, beteiligungsoffene Organisation. Die Verwaltung benötigt hierfür eine gesetzliche Grundlage.

Ergebnisse und Erkenntnisse müssen jederzeit allen Interessierten kostenlos und diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen. Alle Beteiligten können bei Bedarf über die Kernfunktionalitäten hinaus eigenständig Erweiterungen entwickeln, die zu den gleichen Bedingungen veröffentlicht werden müssen.

Bei Betrieb, Pflege und Wartung sowie Support bleibt der Wettbewerb bestehen.

03 AKUTER HANDLUNGSBEDARF

Open-Source-Software (OSS), offene Schnittstellen und Datenformate müssen sofort verbindlich für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vorgeschrieben werden. Nur so können vermeintliche Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden, die zum Beispiel auch nach EU-Beihilferecht zu Problemen führen.

Der Kooperationsprozess zur OZG-Umsetzung muss den gleichen Grundsätzen folgen wie die Kollaboration zur OSS-Entwicklung. Nur so kann eine breite Unterstützung und Akzeptanz der erforderlichen Fachstandardisierung erreicht werden.

Die Aufgaben und die Verantwortung von Exekutive und Legislative müssen künftig klar getrennt und auch so gelebt werden. Der IT-Planungsrat war in der Vergangenheit dadurch überfordert, dass er neben seinen exekutiven Aufgaben auch architektonische Rahmenbedingungen und Vorgaben für die künftige digitale Infrastruktur schaffen sollte, die nach der Wesentlichkeitstheorie dem Gesetzgeber vorbehalten sind.

Künftig muss also eine tragfähige Balance zwischen Exekutive und Legislative gefunden und gelebt werden. Dies gilt auch zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

04 DIE OFFENE VERWALTUNG DER ZUKUNFT

Verwaltungsdienste und Standards werden gemeinsam entwickelt, offen bereitgestellt und können von allen kostenlos genutzt werden.

Der modulare, universelle Fachstandard wird zu einer digitalen Verwaltungssprache, die verschiedene Systeme vom Fachverfahren über Registerabrufe bis hin zur elektronischen Akte verbindet.

Öffentliche Mittel stärken die digitale Infrastruktur und Souveränität, ohne unangemessen in den Wettbewerb einzugreifen, Fehlanreize zu setzen oder gar neue Quasi-Monopole zu schaffen.

Der in anderen europäischen Ländern wie Estland und Großbritannien erfolgreich erprobte Ansatz des Government as a Platform wird auf OS-Basis umgesetzt: Mit Basisdiensten und verbindlichen Schnittstellenstandards, die als Grundlage für ein offenes Ökosystem aus Online-Diensten dienen. Alle bisherigen Akteur:innen können dabei ihre Rolle als Software-Entwickler:innen, Dienstbetreiber, Rechenzentrum oder Servicedienstleister wahrnehmen. Verantwortlichkeiten und Finanzierungswege werden nicht verwischt. Dadurch kann das bisherige Problem fehlender Gesamtverantwortlichkeit und organisierter Unzuständigkeit überwunden werden.

Für die Kommunen ergibt sich eine Auswahl im Wettbewerb zwischen verschiedenen Dienstleistern für die unterschiedlichen Leistungen. Sie bestimmen die Servicelevel eigenständig nach ihren Bedarfen und gewinnen so Gestaltungsspielräume.

Auch können die Kommunen alle Online-Dienste integriert betreiben lassen. Diese unterschiedlichen Betriebsformen und die Vielzahl von eigenverantwortlichen Akteur:innen schaffen Systemresilienz. Unterschiedliche Rahmenbedingungen in den Ländern beschränken nicht mehr den Wettbewerb und die Auswahlmöglichkeiten für die Kommunen.

Daten von öffentlichen Institutionen (Behörden, Kommunen, Verkehrsgesellschaften usw.) müssen schließlich die Open-Data-Prinzipien erfüllen. Dies hilft Behörden, der Zivilgesellschaft aber auch Unternehmen und Start-Ups neue, innovative Produkte zu entwickeln und unterstützt unsere Kommunen bei der Transformation zu wirklichen Smart Cities und Regionen mit einer Vielzahl digitaler Produkte und Services für die Bürgerinnen und Bürger.

IMPRESSUM

ÜBER D64

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt.

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unser Ziel ist es, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

d-64.org

MITARBEIT

Dieses Positionspapier ist in einem internen Arbeitsprozess bei D64 unter der Mitwirkung von Markus Keller, Oliver Bildesheim, Anne Schwarz und Oswald Prucker entstanden.

Wir bedanken uns bei allen, die uns mit ihren Hinweisen und Kommentaren bei der Erstellung des Papiers weitergeholfen haben.

ADRESSE

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.

Co-Vorsitzende: Marina Weisband

Co-Vorsitzender: Henning Tillmann

Gipsstraße 3

10119 Berlin

KONTAKT

Oswald Prucker, Koordinator der AG Open Source

ag.open-source@d-64.org

August 2022

MITGLIED WERDEN

D64 ist das Zentrum für digitalen Fortschritt

Wir begreifen die digitale Transformation als große Chance, das Miteinander unserer modernen Gesellschaft zu verbessern. Die soziale, ökologische, technologische und politische Entwicklung wollen wir konstruktiv, kritisch und kreativ mitgestalten.

Unsere Ziele

Wir setzen uns dafür ein, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch eine progressive Digitalpolitik zu verwirklichen. Dafür wirken wir mit Hilfe der breitgefächerten Expertise unserer Mitglieder als unabhängiger Verein, der in allen Themenbereichen der Digitalisierung vordenkt und Impulse gibt.

Umfassendes Netzwerk durch starke Mitgliederbasis

Mit über 750 Personen der mitgliederstärkste Verein für Digitalpolitik in Deutschland. Berufliche Expertise aus unterschiedlichen Bereichen: Politik, NGOs, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Der Verein ist mitgliedergetrieben und bietet Raum für Initiativen und Bündnisse mit anderen digitalpolitischen Organisationen in Deutschland und Europa.

Unser Angebot

Durch unseren Ticker liefern wir täglich einen Überblick zu aktuellen digitalpolitischen Themen. Fragen zu digitalpolitischen Themen oder Wunsch nach Einordnung aus zivilgesellschaftlicher Perspektive? Wir stehen mit unseren Expert:innen für Hintergrundgespräche zu Verfügung.

Jetzt Mitglied werden

Auf d-64.org/mitglied-werden

